

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Stapel
Nationale Identifikationsnummer:
Postanschrift: Am Markt 10
PLZ Ort: 24848 Kropp bei Schleswig
NUTS-Code: DEF0C
Land: DE
Kontaktstelle(n): Der Bürgermeister
Telefon:
Fax:
eMail: info@gemeinde-stapel.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse (URL): <https://www.gemeinde-stapel.de/stapel/>
Adresse des Beschafferprofils (URL):

I.2) Gemeinsame Beschaffung

Der Auftrag wird von einer zentralen Beschaffungsstelle vergeben.

I.3) Kommunikation

● Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter (URL): <https://abruf.bi-medien.de/D446168646>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt:

● folgende Kontaktstelle:
Offizielle Bezeichnung: Kreis Schleswig-Flensburg
Nat. Identifikationsnummer:
Postanschrift: Flensburger Str. 7
PLZ Ort: 24837 Schleswig
NUTS-Code: DEF0C
Land: DE
Kontaktstelle(n): FD Recht und Zentrale Vergabestelle
Telefon: +49 (4621) 87815
Fax: +49 (4621) 878555
eMail: zentrale.vergabestelle@schleswig-flensburg.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse (URL): <https://www.schleswig-flensburg.de>
Beschafferprofil (URL):

Teilnahmeanträge sind einzureichen:

- elektronisch: <http://www.bi-medien.de>

Schriftliche Teilnahmeanträge:

- sind nicht zulässig
 an die oben genannten Kontaktstellen
 an folgende Anschrift:

Offizielle Bezeichnung:

Nat. Identifikationsnummer:

Postanschrift:

PLZ Ort:

NUTS-Code:

Land:

Kontaktstelle(n):

Telefon:

Fax:

eMail:

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse (URL):

Beschafferprofil (URL):

- Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind. Ein uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugang zu diesen Instrumenten und Vorrichtungen ist gebührenfrei möglich unter (URL):

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

- Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen
 Agentur/Amt auf zentral- oder bundesstaatlicher Ebene
 Regional- oder Kommunalbehörde
 Agentur/Amt auf regionaler oder lokaler Ebene
 Einrichtung des öffentlichen Rechts
 Europäische Institution/Agentur oder internationale Organisation
 Andere:

I.5) Haupttätigkeit(en)

- Allgemeine öffentliche Verwaltung
 Verteidigung
 Öffentliche Sicherheit und Ordnung
 Umwelt
 Wirtschaft und Finanzen
 Gesundheit
 Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen
 Sozialwesen
 Freizeit, Kultur und Religion
 Bildung
 Andere Tätigkeit:

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags

Neubau Sporthalle Stapel - Objektplanung

Referenznummer der Bekanntmachung: 2022-09-1300

II.1.2) CPV-Code

71200000-0

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung

Neubau einer Einfeld- Sporthalle in der Gemeinde Stapel

Auf Grund von baulichen Mängeln sowie unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte bei einer Grundsanierung der bestehenden sog. Einfeld-Sporthalle (Bj. 1971-72, Bruttogrundfläche ca. 545,0 m²) plant die Gemeinde Stapel nach erfolgtem Rückbau des Bestandsgebäudes die Neuerrichtung einer sog. Einfeld- Sporthalle mit gleichem Charakter auf dem frei werdenden Baufeld/ am gleichen Standort in zentraler Ortslage durchzuführen.

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt:

Währung: EUR

II.1.6) Angaben zu den Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose:

Ja Nein

II.2) Beschreibung

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)

II.2.3) Erfüllungsort

Nuts-Code: DEF0C

Hauptort Ausführung: 25879 Süderstapel

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung

(Art und Umfang der Dienstleistungen bzw. Angabe der Bedürfnisse und Anforderungen)

Vergeben werden die LPH 1-9.

Zum jetzigen Planungsstand wird von einem Raumbedarf/ einer BGF von ca. 800,0 m² ausgegangen. Es ist vorgesehen, in dem Sporthallenneubau die erforderlichen unterschiedlichen Funktionsbereiche wie: Geräte-, Umkleide-, Dusch-/ Sanitärräume, dem Hallenbereich (Hallengröße ca. 15,0 x 27,0 Meter) sowie erforderliche Technikräume für die TGA unterzubringen.

II.2.5) Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien:

1. Kostenkriterium:

Kriterium	Gewichtung
Honorarangebot	40

2. Qualitätskriterium:

Kriterium	Gewichtung
Berufserfahrung / Verfügbarkeit	25
Praxisbezogene Qualitätskriterien	15
Formelle Präsentation	20

II.2.7) Laufzeit des Vertrags

Beginn (Datum): 01.06.2022

Ende (Datum): 31.12.2023

Dieser Auftrag kann verlängert werden:

 Ja Nein

Beschreibung der Verlängerung:

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden Geplante Zahl der Bewerber: Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Nach dem Grad der Eignung entsprechend der vorgelegten Nachweise - vgl. III.1.1) bis III. 1.3) lt. 1.Stufe Eignungsprüfung

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig:

 Ja Nein**II.2.11) Angaben zu Optionen**

Optionen:

 Ja Nein

Beschreibung der Optionen:

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen Angebote sind in Form von elektronischen Katalogen einzureichen oder müssen einen elektronischen Katalog enthalten.**II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird:

 Ja Nein

Projektnummer oder -referenz:

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Als Eigenerklärung vorzulegen

- Nachweise gemäß VgV Bewerbungsformular
- Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft
- Angaben zur Eintragung ins Berufsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens

Als Eigenerklärung vorzulegen

- Nachweise gemäß VgV Bewerbungsformular
- Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft
- Befähigung und Erlaubnis der Berufszulassung gem. § 75 Abs. 1-3 VgV, Angabe zur Befugnis der Leistungserbringung nach den Rechtsvorschriften des Niederlassungsstaates
- Namen und berufliche Qualifikationen der Personen, die für die Erbringung der Leistung tatsächlich verantwortlich sind, (Nachweis gemäß § 43 VgV) z.B. in Form von Studienabschlussnachweisen, Kammermitgliedsbescheinigungen), bei ausländischen Bewerbern ist ein gleichwertiger Nachweis aus dem Herkunftsland vorzulegen

Die Angaben sind im Teilnahmeantrag mit den erforderlichen Erklärungen und Nachweisen gemeinsam einzureichen, s. auch Bewerbungsformular.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Als Eigenerklärung vorzulegen

- Angaben zum Umsatz des Unternehmens, Leistungen betreffend, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind

Erklärung über eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung (ggf. eine rechtsverbindliche und unterschriebene Eigenerklärung des Bewerbers, dass im Auftragsfalle die genannte Versicherung in der entsprechenden Höhe abschließen zu wollen). Nachweis Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung für Personenschäden 1,5 Mo. € sowie für Sach- und Vermögensschäden 0,5 Mo. €. Die Angaben sind im Teilnahmeantrag mit den erforderlichen Erklärungen und Nachweisen gemeinsam einzureichen, s. auch Bewerbungsformular.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Als Eigenerklärung vorzulegen

- Ausführung von Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind

Folgende Angaben sind im Teilnahmeantrag mit den erforderlichen Erklärungen und Nachweisen gemeinsam einzureichen für:

1. Referenzen des Unternehmens mit Realisierung innerhalb der letzten 3 Jahre über alle AG, (LPH 1-9; HZ:3; anr. Ko: 1,32 Mio. netto, BGF ca. 800 m²)

Erforderliche Angaben: Projektgegenstand, Auftraggeber, Bauherr mit Kontaktdaten, Name des Projektleiters, erbrachte LPH, Baukosten, Angabe der durchgeführten Anlagengruppen sowie Zeitpunkt der Ausführung

2. Angaben zur Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern der letzten 3 Jahre unter Angabe des Auftraggebers und der ausgeführten Leistungsphasen

3. Objektliste mit den wesentlichen in den letzten 3 Jahren erbrachten Leistungen, mit Angabe der Gesamtbaukosten, der Leistungszeit, des Auftraggebers und der bearbeiteten Leistungsphasen

4. Erklärung über die durchschnittliche Anzahl der fest angestellten Mitarbeiter in den letzten 3 Geschäftsjahren

5. Angabe des Auftragsanteils, für den möglicherweise Unteraufträge erteilt werden, s. auch Bewerbungsformular

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

- Der Auftrag ist geschützten Werkstätten und Wirtschaftsteilnehmern vorbehalten, deren Ziel die soziale und berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen oder von benachteiligten Personen ist
- Die Auftragsausführung ist auf Programme für geschützte Beschäftigungsverhältnisse beschränkt

III.2) Bedingungen für den Auftrag

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten:

- Ja Nein

Verweis auf die einschlägige Rechts- und Verwaltungsvorschrift:

§ 75 VgV

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Eigenerklärung über die Bereitschaft, auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle eine Verpflichtungserklärung zur Zahlung von Mindestentgelten gemäß § 4 Abs. 1 S. 1 VGSH für den Bewerber sowie für etwaige Unterauftragnehmer vorzulegen, sofern der Bieter oder Unterauftragnehmer nicht im EU-Ausland tätig ist und die Leistung ausschließlich dort erbringt (Formblatt Vergabemindestlohn).

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

- Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

- Verhandlungsverfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung

- Keine Rahmenvereinbarung
- Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer
- Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung mit mehreren Wirtschaftsteilnehmern
Geplante Höchstanzahl an Beteiligten an der Rahmenvereinbarung:

Begründung, falls die Laufzeit der Rahmenvereinbarung vier Jahre übersteigt:

IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

- Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote:

IV.1.5) Angaben zur Verhandlung

- Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

- Eine elektronische Auktion wird durchgeführt

Zusätzliche Angaben zur elektronischen Auktion:

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA):

 Ja Nein**IV.2) Verwaltungsangaben****IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

Bekanntmachungsnummer im ABl. /S -

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge

Tag/Ortszeit: 21.03.2022 09:00

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 30.03.2022

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Teilnahmeanträge eingereicht werden können

<input checked="" type="checkbox"/>	DE	<input type="checkbox"/>	BG	<input type="checkbox"/>	CS	<input type="checkbox"/>	DA	<input type="checkbox"/>	EL	<input type="checkbox"/>	EN	<input type="checkbox"/>	ES	<input type="checkbox"/>	ET
<input type="checkbox"/>	FI	<input type="checkbox"/>	FR	<input type="checkbox"/>	GA	<input type="checkbox"/>	HR	<input type="checkbox"/>	HU	<input type="checkbox"/>	IT	<input type="checkbox"/>	LV	<input type="checkbox"/>	LT
<input type="checkbox"/>	MT	<input type="checkbox"/>	NL	<input type="checkbox"/>	PL	<input type="checkbox"/>	PT	<input type="checkbox"/>	RO	<input type="checkbox"/>	SK	<input type="checkbox"/>	SL	<input type="checkbox"/>	SV

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis:

Tag: 02.06.2022

Abschnitt VI: Weitere Angaben**VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag:

 Ja Nein

Voraussichtlicher Zeitpunkt weiterer Bekanntmachungen:

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

- Aufträge werden elektronisch erteilt
- Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert
- Die Zahlung erfolgt elektronisch

VI.3) Zusätzliche Angaben

Teilnahmeantrag (Bewerbung) in elektronischer Form:

Für die elektronische Einreichung des Teilnahmeantrags ist die Registrierung im B_I eVergabeSystem erforderlich. Informationen zu den Registrierungsmöglichkeiten sind zu finden unter:

<https://bi-medien.de/ausschreibungsdienste>.

Kommunikation:

Anfragen zum Verfahren können elektronisch über die B_I eVergabe (www.bi-medien.de) oder an die unter I.3) genannte Adresse gestellt werden.

Zugang zur elektronischen Kommunikation und zur Bewerbung in elektronischer Form als registrierter Nutzer der B_I eVergabe über den Menüpunkt - Meine Vergaben - unter dem B_I code D446168646 im Bereich - Mitteilungen - bzw. - Bewerbung -.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung:	Vergabekammer Schleswig-Holstein beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus
Postanschrift:	Düsternbrooker Weg 94
PLZ Ort:	24171 Kiel
Land:	DE
Telefon:	+49 (431)988-4640
Fax:	+49 (431)988-4702
eMail:	vergabekammer@wimi.landsh.de
Internet-Adresse:	http://www.wirtschaftsministerium.schleswig-holstein.de

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:
Postanschrift:
PLZ Ort:
Land:
Telefon:
Fax:
eMail:
Internet-Adresse:

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Das Vergabeverfahren unterliegt den Vorschriften über das Nachprüfungsverfahren vor den Vergabekammern (§ 155 ff. GWB). Gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit:

- 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt;
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Ein wirksam erteilter Zuschlag kann nicht aufgehoben werden (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Ist der Zuschlag bereits erteilt, kann die Unwirksamkeit eines Vertrages nach § 135 Abs. 2

GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU.

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung:	Nachprüfstelle im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein
Postanschrift:	Düsternbrooker Weg 92
PLZ Ort:	24105 Kiel
Land:	DE
Telefon:	+49 (431)988-2785
Fax:	+49 (431)988-3358
eMail:	poststelle@imlandsh.de
Internet-Adresse:	http://www.landesregierung.schleswig-holstein.de

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

18.02.2022

Der öffentliche Auftraggeber/Der Auftraggeber ist für die Gewährleistung der Einhaltung der Rechtsvorschriften der Europäischen Union und anderer geltender Gesetze verantwortlich.